



INFORMATION NACH ART. 13 UND 14 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit:

Koordination ehrenamtliche Sprachmittler sowie Verwaltung des ehrenamtlichen Sprachmittlerpools

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Kreisverwaltung Bad Kreuznach
Salinenstr. 47
55543 Bad Kreuznach
post@kreis-badkreuznach.de
0671/803-0

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Salinenstr. 47
55543 Bad Kreuznach
datenschutzbeauftragter@kreis-badkreuznach.de
0671/803-0

4. Zweck der Verarbeitung:

- Vermittlung ehrenamtlicher Sprachmittler und Gewährung einer Aufwandsentschädigung
- Erstellen von Bescheinigungen über die ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Höhe der gewährten Leistung

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung:

Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m § 35 SGB I und Zweites Kapitel SGB X

6. Betroffene Personen:

Ehrenamtliche Sprachmittler sowie Neuzugewanderte, welche für die Angelegenheit des praktischen Alltagslebens mangels ausreichender Sprachkenntnisse Übersetzungshilfe benötigen.

7. Betroffene Daten/Datenkategorien:

- Name
- Vorname
- Anschrift
- Geschlecht
- Geburtsdatum
- Staatsangehörigkeit
- Herkunftsland



- Sprachen
- Telefonnummer
- Mailadresse
- Sozialleistungsbezug
- Zeitliche Verfügbarkeit
- Kontodaten

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern:

- Im Einzelfall, nach entsprechendem Einverständnis, Austausch von Kontaktdaten zwischen Sprachmittler und hilfeschender Person, die jeweilige Stelle, für die übersetzt werden soll, wie z.B. Ärzte, Behörden, etc..
- Anordnungsberechtigte/r
- Kämmeriamt der Kreisverwaltung zwecks Auszahlungsentschädigung an die Sprachmittler/in

9. Übermittlung an Drittland:

entfällt

10. Dauer der Speicherung:

- Kassenanordnungen, welche an die Kämmererei gehen, nach deren geltenden Aufbewahrungsfristen.
Ansonsten keine Vorgabe
- Unter Berücksichtigung des Berichts der KGSt Nr. 4/2006 wird eine Aufbewahrungsfrist von 4 Jahren für angemessen erachtet.

11. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 noch nicht feststeht, ob die berechtigten



Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DS-GVO).

- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

12. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO):

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.